



LÉGATION DE SUISSE
EN ISRAËL

TEL-AVIV, le 13. Juli 1953.

Téléphone 66689
Achad Haam Street 52

Référence No.....
(à rappeler dans la réponse)

Votre Réf.No.....

as d
Vertraulich.

*A. De...
D. J.*

19.7.53
NOTE

12.7.53
Herr Minister,

Siebeneinhalb Wochen nachdem Staatssekretär Foster Dulles in Jerusalem Premierminister Ben Gurion nahegelegt hatte, mit der Uebersiedlung des Aussenministeriums von Tel-Aviv nach Jerusalem kein fait accompli zu schaffen und zirka fünf Monate nachdem die Botschaften der USA, Grossbritanniens und Frankreichs, die Gesandtschaften Italiens, der Türkei und Belgiens beim Aussenminister Sharett vorstellig geworden waren, um von diesem Schritt abzuraten und ihm zu erklären, dass sie in Tel-Aviv bleiben werden, hat die israelische Regierung diesen Schritt vollzogen.

Die Israelis hatten schon immer bei jeder sich bietenden Gelegenheit behauptet, die Verlegung des Aussenministeriums "in die Hauptstadt" stehe unmittelbar bevor. Sie hätte nach ihren Aussagen schon im Mai 1952 erfolgen sollen. Die Verzögerung wäre nicht, so behaupteten sie, auf die Interventionen und den Druck der Westmächte zurückzuführen, sondern auf Unterbringungsschwierigkeiten, die bald überwunden würden.

Man glaubte im Kreise der hiesigen diplomatischen Vertretungen der drei westlichen Grossmächte an den Ernst des Vorsatzes schon kaum mehr. Und besonders die Amerikaner schienen, ohne allerdings triftige Argumente für ihre Auffassung anführen zu können, fest überzeugt,

An die Abteilung für Politische Angelegenheiten
des Eidgenössischen Politischen Departements,

B e r n .

2/ **Dodis**



- 2 -

dass es die Regierung Ben Gurions nicht wagen würde, ihren ~~Beschluss~~ vom Mai 1952 auszuführen.

Ich darf Sie hinsichtlich der amerikanischen Démarche auf mein Schreiben vom 28. Juli 1952 an die Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten verweisen, von dem Ihnen Abschrift gesandt wurde. Die amerikanische Haltung scheint sich unter der republikanischen Verwaltung noch versteift zu haben.

Allen ~~Warnungen~~ zum Trotz hat nun die israelische Regierung den Schritt ^{doch} vollzogen. Wir werden ab morgen mit Ausnahme des stellvertretenden Protokollchefs, Herrn Yosef Lotan, keinen Beamten des Aussenministeriums mehr in Tel-Aviv sprechen können. Bezeichnend für das israelische politische Handeln ist in diesem besondern Fall weniger die Tatsache der Verlegung als vielmehr das rücksichtslose und an Praktiken totalitärer Staaten der Vorkriegsjahre erinnernde Prozedere.

Das Datum des Umzugs wurde streng geheim gehalten.

Freitag, 10. Juli, wurde zwischen 12 und 13 Uhr allen Missionschefs ein Brief des Generaldirektors des Aussenministeriums Dr. Walter Eytan zugestellt, der im Auftrage des Aussenministers bekanntgab, dass der Umzug am 12. Juli stattfinden und dass das Aussenministerium seine Tätigkeit am 13. Juli in Jerusalem wieder aufnehmen werde.

Freitag ist hier bekanntlich Wochenende. Alle Bureaux sind nachmittags und Samstag geschlossen. Der Schritt war wie eine militärische Operation bis in alle Einzelheiten vorbereitet worden und wurde blitzschnell durchgeführt. Was hat die israelische Regierung zu ihrem plötzlichen Entschluss bewogen, wie wurde er von den diplomatischen Missionen in Tel-Aviv aufgenommen und wie werden die Westmächte darauf reagieren?

- 3 -

Ich möchte versuchen, auf diese Fragen kurz zu antworten:

Vor allem ist festzuhalten, dass das Aussenministerium in Jerusalem nur provisorische Unterkunft hat und zwar in präfabrizierten Häusern, die längst bereitstanden und nur montiert zu werden brauchten, wofür nach Meinung meines finnischen Kollegen nicht mehr als ein paar Tage benötigt werden. Dass selbst der Standort erst kürzlich bestimmt wurde beweist die Tatsache, dass die Baracken noch ohne elektrisches Licht und ohne Wasserleitung sind, was im trockenen israelischen Sommer allerdings die Arbeit nicht hindert.

Die Verzögerung des Umzugs war somit nicht technischen Schwierigkeiten zuzuschreiben, wie immer wieder behauptet wurde, und der Umzugsbeschluss ist demgemäss zeitlich nicht auf Ueberwindung dieser technischen Hindernisse zurückzuführen.

Auffallend ist die Insistenz mit der in der Mitteilung Eytans das Wort "Hauptstadt" viermal wiederkehrt und zwar da wo an seiner Stelle sonst wohl Jerusalem hätte gebraucht werden können.

Ein weiterer Hinweis auf die Motive die dem Schritt zugrunde liegen ist in Absatz 5 der Mitteilung zu erblicken, der lautet: "L'expérience a démontré que la résolution de la quatrième assemblée générale des Nations Unies du 9 décembre 1949 en faveur de l'internationalisation des deux parties de Jérusalem par la constitution de la ville entière et d'un territoire environnant en un corpus separatum est en soi impossible à être mise en application."

In seiner Radioansprache an das amerikanische Volk hatte Staatssekretär Foster Dulles (s.meine Pol.Mitt No.17) erklärt: "World religious community has claims in Jerusalem

which take precedence over the political claims of any particular nation."

Am 9. Juli konnte die "Jerusalem Post" in einem Artikel "Jordan Defiant on Jerusalem" mitteilen: "The Jordan Government has served notice that it will continue to reject proposals for the internationalisation of Jerusalem. This statement has been connected with persistent rumours that Washington is preparing proposals for a 'limited internationalisation' of the City, in the form of U.N. supervision of the Holy Places. While Arab-League 'will accept nothing less than the establishment of an autonomous international regime', Jordan, in possession of virtually all the Holy Places, rejects internationalisation in any form which might smack of foreign interference."

Der israelischen Regierung muss zu Ohren gekommen sein, dass Foster Dulles eine Lösung des Jerusalemproblems sucht, die möglicherweise auch die noch immer umstrittene Frage der territorialen Souveränität im s. Zt. durch den UNO-Teilungsbeschluss vom ehemaligen Mandatsgebiet abgetrennten Jerusalemergebiet zum Schaden Israels entscheiden könnte. Sie erklärt sich mit einer Internationalisierung der Heiligen Stätten einverstanden. Diese liegen aber hauptsächlich auf jordanischem Gebiet. Aber auch die jüdischen Heiligen Stätten liegen jenseits der Grenzen und dürfen heute von Juden nicht besucht werden. Die israelische Erklärung, eine Internationalisierung der Heiligen Stätten sei für Israel annehmbar, womit die zionistische Propaganda sich die Sympathien der christlichen Welt zu erhalten sucht, ist deshalb nicht nur heuchlerisch, denn diese internationale Kontrolle würde ja schliesslich nur die Souveränität Jordaniens in Alt-Jerusalem schwächen, sondern schafft gleichzeitig jüdische Ansprüche auf freien Zugang zur

Klagemauer, zu Rahels Grab, zum jetzt arg entweihten jüdischen Friedhof am Oelberg, zu den antiken Synagogen etc. mit allen Möglichkeiten die sich aus lokalen Zusammenstössen zwischen Angehörigen verschiedener Glaubensgemeinschaften in einer von Fanatismus und Glaubenszwisten saturierten Atmosphäre *ergeben*.

Es ergibt sich aus Gesprächen mit verantwortlichen Israelis, aus dem jüdischen Schrifttum, aus der Presse in Israel, sehr deutlich der Eindruck, dass mit der Verlegung des Aussenministeriums ein weiterer und zwar entscheidender Schritt in der Verwirklichung des zionistischen Programms getan worden ist, in dem zunächst einmal eine de facto-Anerkennung der territorialen Souveränität Israels in Neu-Jerusalem durch allerlei findige und raffiniert überlegte Schachzüge im Verkehr mit den ausländischen Missionen zu erzwingen versucht wird. Auch trifft die israelische Behauptung, die Trennung des Aussenministeriums von den übrigen bereits in Jerusalem etablierten Dikasterien habe seine Einflussnahme auf wichtige Regierungsentscheide erschwert, nur sehr bedingt zu. So verbleibt beispielsweise das ganze Verteidigungsministerium in Tel-Aviv, obwohl sein Chef, Premier- und Verteidigungsminister Ben Gurion teils in Jerusalem teils in seinem Privathaus in Tel-Aviv wohnt. Niemand wird aber behaupten können, das Verteidigungsministerium habe seinen Einfluss bei Regierungsentscheiden nicht in dem ihm gebührenden Masse geltend machen können.

Sowohl die amerikanische wie die britische Botschaft sind vom Uebersiedlungsentschluss vollständig überrascht worden. Der amerikanische Geschäftsträger Francis H. Russell war schon zu Hause als die Botschaft in seinem Amt eintraf. Er hatte sie noch nicht gelesen und erfuhr die Nachricht an einem Mittagessen bei israelischen Bekannten. Er traute seinen Ohren nicht. Da anfangs der Woche eine Vorsprache bei Herrn Aussenminister Sharett auf 15 Uhr vereinbart worden war, verliess er

die Gesellschaft etwas früher. Herr Sharett kommentierte die am Dienstag von Foster Dulles vor dem "Senate Appropriations Committee" abgegebene Erklärung, die hier offensichtlich Argwohn erweckte. Dulles hatte gesagt: "It is essential to our security that Arab-Israel tension decrease and that the economy of that area be strengthened and stabilized." Ferner: "Our basic political problem in this vitally important region is to improve the attitude of the Moslem states towards the Western democracies including the U.S. because our prestige in the area has been steadily declining since the war. We must put greater emphasis on a regional approach to the problems of the area. For this reason we have prepared a 'single-package' programme designed to lay emphasis on the need of the countries of the region to cooperate with each other and to marshal their resources collectively wherever feasible." Foster Dulles verlangte Zustimmung zu "limited military assistance to the Arab states and Israel which will contribute to internal security, will aid in promoting plans for peace between Arab nations and Israel and will assist in establishing a regional defence organisation".

Die Kommentare und Vorstellungen Herrn Sharetts zur Absicht des Statedepartments, vorerst den arabischen Staaten mit bescheidenen Waffenlieferungen entgegenzukommen, bewegten sich auf der bekannten israelischen Linie, dass solange kein Friede bestehe, jede militärische Hilfe an die Araber keinen andern Zweck haben könne, als Israels Sicherheit zu gefährden.

Am Schluss der Unterredung sagte Herr Russell, er hoffe, die "Gerüchte" über eine kurz bevorstehende Verlegung des Aussenministeriums entbehrten jeder Grundlage. Herr Sharett erwiderte mit verbindlichem Lächeln, der Herr Geschäftsträger habe den um 13 Uhr in seinem Amt abgegebenen Brief wahrscheinlich noch nicht gelesen, sonst würde er die Frage wohl nicht gestellt haben.....

- 7 -

Herr Russell erklärte mir am Samstag morgen, der israelische Schritt werde Herrn Dulles in seinen Bemühungen empfindlich stören und in Washington sicher sehr schlecht aufgenommen werden. Heute publizieren die hiesigen Zeitungen eine AP-Meldung aus Washington lautend: "The State Department objected yesterday to Israel's transfer of its Foreign Ministry from Tel-Aviv to Jerusalem as contrary to the United Nations resolution on the international nature of Jerusalem. The United States does not plan to transfer its Embassy from Tel-Aviv to Jerusalem. It is felt this would be inconsistent with the U.N. resolutions dealing with the international nature of Jerusalem and it would not observe the solution regarding Jerusalem set forth in the Secretary of State's address of June 1, 1953."

Ebenso überrascht wurde die britische Botschaft. Immerhin schien man dort die Massnahme mehr nach ihrer praktischen Bedeutung zu beurteilen. Auch klang ganz leise ein verstecktes Gefühl der Schadenfreude durch, über die für den amerikanischen Annäherungsversuch nunmehr zu gewärtigenden Schwierigkeiten. Der englische Botschafter erklärte mir, die Israelis gingen oft wirklich so vor, als ob sie ihre besten Freunde vor den Kopf stossen wollten. An und für sich habe er für die Notwendigkeit der Verlegung des Aussenministeriums Verständnis, aber er missbillige entschieden das Vorgehen und die Missachtung des ihnen seinerzeit erteilten Rates. Die Note Eytans wurde sofort mit einer wortkargen Empfangsanzeige beantwortet, der Abschrift des im März ds. Js. übergebenen Aide-Mémoires beilag, in dem erklärt wird, die britische Botschaft werde in Tel-Aviv bleiben. Die "Jerusalem Post" veröffentlichte gestern unter dem Titel "United Kingdom Embassy not to move to Jerusalem" eine UP-Meldung vom Samstag aus London des folgenden Wortlauts: "Britain made it clear today that she would not move her Embassy in Tel-Aviv even though the Israel Government

- 8 -

transfers its Foreign Ministry to Jerusalem. A Foreign Office spokesman said that no official notification of the move had so far been received here. He recalled that in July 1952 Britain told the Israel Government that she considered the transfer of its Foreign Ministry to Jerusalem as "inopportune". In March of this year, the spokesman stated, Britain made further representations in the hope that the Israel Government would reconsider its intentions listing two main reasons: 1. In the British view, the move would not ease the current tension; 2. Britain does not wish to prejudice future considerations on the status of Jerusalem. The spokesman said that the Israel Government had been informed earlier this year that if it transferred its Foreign Ministry, the United Kingdom would not move its Embassy from Tel-Aviv. He added that Britain has not recognized the extension of Israel sovereignty in the part of Jerusalem under de facto Israel control."

Die Reaktion der französischen Regierung ist noch nicht bekannt, aber es ist möglich, dass Paris heute keinen Grund hat, auf die arabische Empfindlichkeit zu sehr Rücksicht zu nehmen. Immerhin erklärte mir Botschaftsrat Debroise heute morgen, ein Umzug nach Jerusalem komme nicht in Frage. Die Botschaft bezieht in den nächsten Tagen ein neues geräumiges Gebäude in Tel-Aviv. Die italienische Gesandtschaft, bis zur immer wieder hinausgeschobenen Ankunft des neuen Gesandten von einem Geschäftsträger a.i. im Range eines Legationssekretärs geleitet, machte der amerikanischen und der englischen Botschaft Samstag morgen den Vorschlag, die diplomatischen Vertreter sollten sich in Zukunft weigern, in Amtsangelegenheiten in Jerusalem vorstellig zu werden. Ich glaube nicht, dass diese Proposition Aussicht auf Annahme hat. Aber bei der Interpretation die Israel bisherigen offiziellen Besuchen in Jerusalem gegeben

- 9 -

hat und den ständigen Fallen, die uns zwecks nachträglicher Missdeutung von Demarchen in Jerusalem in Zukunft gestellt werden, wäre dies wohl der einzige Weg, den Schwierigkeiten zu begegnen, wenn er sich auch bei der Wahrung unserer Interessen als unbegehrbar erwiese. Die belgische Regierung, durch Delegierte in der UNO-Ueberwachungskommission über die Geschehnisse an den Waffenstillstandslinien besonders gut informiert, bekannte sich bisher stets zur UNO-Resolution vom 9. Dezember 1949. Der belgische Gesandte in Israel hat noch nie einen offiziellen Besuch in Jerusalem gemacht.

Es lässt sich unschwer voraussagen, dass der israelische Schritt das ganze Jerusalem-Problem auf internationaler Ebene erneut aufrollt, dass es vielleicht der nächsten Generalversammlung wieder unterbreitet werden wird und dass in diesem Falle eine neue Resolution zustandekommt, die wahrscheinlich ebenfalls toter Buchstabe bleiben wird, da kaum eine Grossmacht bereit sein wird, die Israelis mit Waffengewalt von Jerusalem zu vertreiben.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

